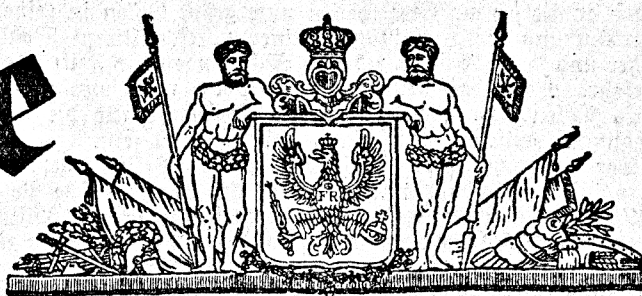


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 40 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ansn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die neue Kreditaktion.

Der Reichszankler Dr. Wirth hat gestern im Steueraussschuß des Reichstages Mitteilung gemacht, die die nächsten Möglichkeiten der praktischen Durchführung der Kreditaktion beleuchten. Schon aus den ersten Vorbesprechungen mit englischen und amerikanischen Finanzleuten hat sich ergeben, daß auch bei grundsätzlicher Bereitschaft des Auslandes, gegen entsprechende Pfänder Deutschland den Kredit zu gewähren, den es für die Abdeckung der nächsten Reparationsraten braucht, eine unmittelbare Verwirklichung dieses Geschäftes nicht zu erhoffen ist. Der Unsicherheitsfaktor, der den Aufschwub erzwingt, ist die Washington-Konferenz, deren politische Ergebnisse auch die Geldmärkte der Welt entscheidend beeinflussen können. Wenn sich in Washington der amerikanisch-japanische Gegensatz drohend zuspitzt, so werden Rüstungsanleihen großen Stiles die freien Mittel der Kapitalmärkte aufzehren und die Neigung, größere Beträge in einer deutschen Reparationsanleihe festzulegen, wird völlig zurücktreten. Die Voraussetzung dieser Anleihe ist die Aussicht auf Erhaltung des Friedens der Welt.

Nun kann aber Deutschland mit seiner Kreditoperation nicht warten, weil die Reparationskommission nicht zu warten gewillt ist, vielmehr die pünktliche Zahlung unserer nächsten Schuldraten erwartet und fordert. Der Termin des 15. Januar, an dem wir 500 Millionen Goldmark zu überweisen haben, ist bedrohlich nahe gerückt. Deshalb müssen wir, wenn wir zunächst vor dem Abschluß der Washington-Konferenz, keinen endgültigen, langfristigen Kredit bekommen, vorläufig einen Zwischenschritt zu erhalten suchen. Auf ein solches Kreditprovisorium richten sich, wie Herr Dr. Wirth mitteilte, im Augenblick die Bemühungen der deutschen Industrie. Auch dieser Zwischenschritt ist aber natürlich bis zu einem gewissen Grade von der weltpolitischen Konstellation abhängig. Denn wenn er ausreichen soll, um die Ansprüche der Reparationskommission vollständig zu befriedigen, so wird seine Abdeckung naturgemäß nur durch seine Konsolidierung möglich sein; wir werden den Verpflichtungen, die uns aus ihm erwachsen, nur nachkommen können, wenn er schließlich in einen endgültigen und langfristigen verwandelt wird. Die ausländischen Geldgeber, die nicht an der Pfändung unseres Besitzes interessiert sind, sondern an der Verzinsung und Tilgung unserer Schuld, werden also wohl auch den Zwischenschritt in der Höhe, wie wir ihn brauchen, nur gewähren wollen und gewähren können, wenn mindestens einige Aussicht besteht, daß er später konsolidiert werden kann. Wir wollen hoffen, daß die Gestaltung der Weltlage diese Aussicht eröffnen wird. Aber weder wir noch die anderen dürfen sich verhehlen, daß ohne Auslandskredit die Erfüllung der im ersten Halbjahr 1922 fälligen Verpflichtungen Deutschlands auch bei stärkster Anspannung der inneren Finanzkraft so gut wie ausgeschlossen ist.

Der Reichszankler hat selbstverständlich die Verbindung der Bedingungen der Industrie mit der Kreditaktion abgelehnt, und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung des Reiches ihren Weg allein gehen werde, wenn die Industrie nicht bereit sei, ihr zu folgen. Er hat es aber erfreulicherweise vermieden, brüst alle Brücken abzubauen, und er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Regierung und Industrie in der Frage der Kreditaktion gemeinsam am marschieren werden. Wir möchten diese Hoffnung unterstreichen. Denn, der Versuch, zu dem das Reich sonst gezwungen wäre, sich durch „Erfassung der Sachwerte“ die Unterlagen für Kreditverhandlungen mit dem Ausland zu beschaffen, wäre volkswirtschaftlich bedenklicher als die industrielle Kreditaktion — das Ausland hätte es leichter, sich die besten Pfänder auszusuchen und diese vollständiger in seine Hand zu bringen —, und er würde uns auch rein kreditpolitisch in eine ungünstigere Situation versetzen und langsamer zum Ziel führen. Das nationalwirtschaftliche Interesse verlangt, daß es bei der Kreditaktion der Industrie bleibt. Die Regierung hat gezeigt, daß sie diese Notwendigkeit erkennt; nun ist es an der Industrie, die gleiche Einsicht zu beweisen. Wenn sie dem Ganzen dient, wird sie auch sich dienen; wenn sie eine Diktatur erstrebt, wird sie nur der Diktatur der Entente die Wege ebnen.

\*

Den Bericht über die Beratungen des Steueraussschusses veröffentlichen wir auf der 4. Seite.

## Frankreich besteht auf dem Londoner Abkommen.

Paris, 22. November. (W. T. B.)

Finanzminister Doumer erklärte gestern im Finanzausschuß des Senats, die Regierung werde von Deutschland die pünktliche Ausführung des Zahlungsplanes von London vom 5. Mai 1921 verlangen.

Nach der „Chicago Tribune“ herrscht in den Auswärtigen Aemtern der alliierten Mächte die Auffassung vor, daß man binnen

kurzem mit der Ernennung eines offiziellen Vertreters der Vereinigten Staaten für die Reparationskommission werde rechnen können. Bekanntlich ist Amerika bis jetzt in der Reparationskommission durch Mr. Roland W. Boyden nur in inoffizieller Form vertreten, da Boyden kein Stimmrecht hat. Die offizielle Beteiligung Amerikas an der Reparationskommission werde im Zusammenhang mit der Mitteilung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages an die Alliierten erfolgen, da dieser Vertrag Amerika allein die Handhabe gibt, einen offiziellen Delegierten in die Kommission zu entsenden. In diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, der amerikanische Vertreter werde in Zukunft bei allen Entscheidungen das Sagen an der Wage bilden.

## Deutsche Garantien für Frankreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Washington, 22. November.

Der deutsche Botschaftsrat Edmund Thermann hat, wie „Chicago Tribune“ meldet, in einer Unterredung erklärt, er glaube, daß Deutschland gewillt sei, einem internationalen Gericht neue Garantien zu geben, um Frankreich die Furcht vor einem neuen Krieg zu nehmen. Er fügte hinzu, Deutschland wünsche zu arbeiten, ohne gestört zu werden, und ohne eine Befestigung des Ruhrgebietes fürchten zu müssen. Deutschland sei ferner gewillt, diese Garantien in einer solchen Form zu geben, daß die Welt seine Aufrichtigkeit anerkennen müsse.

\* Paris, 22. November.

Wie aus Washington gemeldet wird, drückte nach der gestrigen Vollziehung der Konferenz Ministerpräsident Briand einen Vertreter der Gavas-Agentur gegenüber seine große Zufriedenheit über die Aufnahme aus, die seine Rede auf der Konferenz gefunden hat. Die heutige Sitzung, meinte der französische Ministerpräsident, würde in Deutschland eine große Wirkung haben. Sie werde Deutschland den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten und assoziierten Staaten zeigen. Sein Wunsch sei, daß dies der Beginn für die moralische Abrüstung Deutschlands sein möge.

Von den französischen Blätterstimmen ist besonders der Kommentar der „Ere nouvelle“ interessant, die erklärt, nicht alles in Briands Plaidoyer sei hinreichend. Briand habe vielleicht in unvollkommener Weise seine eigenen Gedanken wiedergegeben. Am ungünstigsten seien in seinem Exposé die Stellen, welche dazu bestimmt seien die Erwählten des Nationalen Blocks zu bejähigen. Das Blatt befürchtet, daß Briand sein Auditorium von der Richtigkeit seiner Theorie nicht vollkommen überzeugt habe.

Der Mehrzahl der französischen Blätter wird aus Washington gemeldet, daß die amerikanischen Zeitungen die Ansicht äußern, nach den Reden Briands und Palfours könne von einer wesentlichen Besserung der englisch-französischen Beziehungen gesprochen werden.

Briand wird voraussichtlich am Donnerstag die Konferenz verlassen.

## Sodac und Herold wieder Sachverständige für Oberschlesien.

Heute Beginn der Genfer Verhandlungen.

Prag, 22. November.

Dem nationaldemokratischen „Narodny Demokrazie“ zufolge hat der ehemalige Schweizer Bundespräsident Calonder, der mit der Leitung der deutsch-polnischen Wirtschaftsberatungen wegen Oberschlesien betraut worden ist, zur Mitarbeit den Generalsekretär des tschechischen Industriellenverbandes Dr. Sodac und den Schweizer Fachmann Dr. Herold aufgefordert.

Genf, 22. November. (W. T. B.)

Die Vertreter der Reichsregierung für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Reichsminister Dr. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald sowie der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Graf Schulenburg, sind heute in Genf eingetroffen. Die polnische Vertretung unter Führung des Ministerialdirektors Dłuzowski, der Polen auf der letzten Völkerverammlung vertrat, wird heute abend in Genf erwartet.

Die erste Besprechung der deutschen und polnischen Delegierten findet Mittwoch vormittag 11 Uhr unter Vorsitz Calonders im Völkerverbundpalast statt. Auf der Reise nach Genf hielten sich die Herren Schiffer und Lewald in Bern auf, wo sie eine Unterredung mit dem deutschen Gesandten Dr. Adolf Müller hatten.

## Polen am Scheidewege.

Von einem genauen Kenner der Stimmungen im Abstotungsgebiet wird uns geschrieben:

In einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ aus Breslau in der Abendausgabe vom 21. November wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien zum Anlaß einer allgemeinen Vertändigung zu nehmen. Der Gedanke erwächst so folgerichtig aus den Notwendigkeiten der politischen Lage, daß seine Verwirklichung leider, unwahrscheinlich ist.

Die deutschfeindliche Politik feiert in diesen Wochen in Polen Triumphe wie nie zuvor. Der Kampf gegen das Deutschtum hat auf der ganzen Linie begonnen. Die verwickeltesten juristischen Tatzenspielerkunststücke müssen herhalten, um den Ausrottungsmaßnahmen ein fadensteiniges Mäntelchen umzuhängen. Ein Musterbeispiel ist die in der „Vossischen Zeitung“ vom 19. November mitgeteilte amtliche Erklärung über die Vertreibung der Ansiedler. Daß die Ansiedler längst vor dem 11. November 1918 auf Grund einlagbarer Eigentumsansprüche auf ihren Ansiedlungsstellen eingewiesen waren, versucht die Regierung nicht zu verschleiern. Dank dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch geht das formelle Eigentum erst mit der Eintragung ins Grundbuch über. Es führt hier zu weit, noch einmal alle Gründe aufzuführen, aus denen auch diese formale Rechtsbegründung hinfällig ist. Für den Geist der polnischen Deutschenpolitik genügt die Feststellung, daß 3000 Bauernfamilien mitten im Winter ins Elend gestossen werden, weil zufällig der letzte Zeitpunkt einen Poltag zu spät gefest worden ist.

Parallel mit dem Vorgehen gegen die Ansiedler wird jetzt mit der Liquidation der deutschen Vermögen begonnen. Nach deutscher Auffassung ist die Liquidation nur gegen solche Reichsangehörige zulässig, die bei Ratifikation des Friedensvertrages keinen Wohnsitz in Polen hatten. Die gute deutsche Bewandlung wurde gar nicht der Erwähnung wert gehalten. Es wird liquidiert. Die Massenentlassungen von Angestellten und Beamten, die Nichtanerkennung der Pachtverträge mit den Domänenpächtern und Pachtansiedlern, die Verjagung des passiven Wahlrechts an alle Deutschen, die die polnische Sprache nicht in Wort und Schrift beherrschen, die Sabotage der deutschen Wahlbeteiligung durch Ungültigkeitserklärung deutscher Listen: alles das zeigt, woher der Wind weht.

Der „Kurjer Poznansti“, das führende Posener nationaldemokratische Blatt, hält es für geboten, eine erneute Hege gegen das Deutschtum, gegen „das kreuzritterliche Reptil“, das man nur mit Gewalt niedertreten könne, zu beginnen und in schärfster Weise gegen die angeblich zur Vertändigung geneigte Warschauer Regierung anzukämpfen. Die beiden Artikel des „Kurjer Poznansti“ vom 12. und 13. November verdienen nicht nur wegen ihres symptomatischen Charakters eine gewisse Beachtung, sondern mehr noch wegen des Umstandes, daß der Verfasser der Artikel der polnische Generalsekretär des Nationalen Blocks Kiercki ist, derselbe, der seinerzeit sturpeltos und zynisch genug war, hinsichtlich der den deutschen Domänenpächtern in der bekannten Erklärung des obersten polnischen Volksrats gemachten Versprechungen zu erklären, die Deutschen glaubten wohl selbst nicht, daß solche Verlautbarungen irgendwelche Bedeutung besäßen. Kiercki meint, daß die Warschauer Vertändigungspolitik von falschen Voraussetzungen ausgeht. Mit einer „Nation von organisierten Plünderern“, die von Raub groß geworden sei, einer Nation lakblütiger Tyrannen und Treuloser, einer Nation, die trotz des verlorenen Krieges noch glaube, als Herrenvolk zur Beherrschung der Welt berufen zu sein, könne man sich nicht vertändigen; man müsse sich stets klar sein, daß eine solche Nation, wohnhaft im Herzen Europas, eine ewige Drohung und ein ewiges Unglück für alle ihre Nachbarn sei. Kiercki malt die Gefahr des in Neupolen anfalligen Deutschtums im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Deutschland an die Wand und beschwört die Regierung, daran zu denken, daß jeder innerhalb der Grenzen Polens verbliebene Deutsche ein Feind, daß jede deutsche Ansiedlung ein Bollwerk des polenfeindlichen Deutschtums sei. Nie dürfe die Regierung auf Rechte verzichten, die Polen in die Lage versetzten, sich der in seinem Lande angelegenen Todfeinde „auf gesetzlichem Wege“ zu entledigen.

Man muß dem „Kurjer Poznansti“ dankbar sein, daß er die in seinen Kreisen herrschende Auffassung einmal mit solcher Klarheit ausgesprochen hat. Die Möglichkeit der Vertändigung mit Herrn Kiercki und seinen Genesungsgenossen scheint gering. Aber es gibt politische Tatsachen, die sich der Einsicht vielleicht auch eines polnischen Satirikers erschließen. Der polnische Staat legt einen doppelten Ball zwischen Ostpreußen und das Deutsche Reich und zwischen Rußland und das Deutsche Reich. Diese Tatsache muß jeder deutschen Politik, ob sozialistisch, demokratisch oder deutschnational, die Abtragung des Balles zum selbstverständlichen Ziel machen. Es ist schon begreiflich, wenn man auf polnischer Seite fürchtet, daß die widernatürliche Einengung des deutschen Wirtschaftskörpers eines Tages zu einer Explosion auf Kosten